

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin ober bei direkter Bestellung ohne Bestellgebühr monatlich 2.— M., bei Zustellung unter Straßendruck 2.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Lieferungen der Postzustellung für 1919 eingetragene in Reaktionen und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate sollen die adreßpflichtige Nonnenzeitschrift oder deren Name L20 III, Wortausgabe des Verlagsbuchhandels W. G. L. jedes weitere Wort 20 Pf. Einrückungsbetrag 10 Pf. Bei Samstags- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den Sonntag folgenden Tags müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9748

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutsche Hecke gegen Lettland.

Ein Fälschertid.

Polits Bureau verbreitet folgende Meldung:

Riga, 4. September.

Die lettische Regierung in Riga, der lettische Gesandter in Berlin und die lettische Presse leugnen, daß am 29. Dezember 1918 in Riga zwischen dem deutschen Gesandten und der lettischen Regierung ein Vertrag geschlossen worden ist, demzufolge die lettische Regierung das lettische Bürgerrecht auf dem Gebiet der russischen Provinz Kurland an die deutsche Regierung abgetreten haben. Die Regierung, der Gesandter und die Presse Lettlands entzogen damit die Tatsachen. Der genannte Vertrag, der in Riga abgeschlossen wurde, lautet wörtlich:

Vertrag, Riga, den 29. Dezember 1918. Zwischen dem Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und der provisorischen lettischen Regierung:

1. Die provisorische lettische Regierung erklärt sich bereit, allen fremdstaatlichen Heeresangehörigen, die mindestens vier Wochen im Verbande von Freiwilligenformationen beim Kampfe für die Befreiung des Gebietes des lettischen Staates von den Bolschewiki tätig gewesen sind, auf ihren Antrag das volle Staatsbürgerrecht des lettischen Staates zu gewähren.

2. Die deutsch-baltischen Angehörigen des lettischen Staates erhalten das Recht, in die reichsdeutschen Freiwilligenverbände einzutreten. Andererseits bestehen für die Dauer des Feldzuges keine Hindernisse gegen Verwendung reichsdeutscher Offiziere und Unteroffiziere im Verbande der deutsch-baltischen Kompagnien der Landeswehr als Instrukteure.

3. Das im Vertrage vom 7. Dezember den deutschen Völkern zugestandene Recht zur Bildung von sieben nationalen Kompagnien und zwei Batterien im Verbande der Landeswehr wird seitens der provisorischen Regierung ausdrücklich garantiert. Auch wenn § 2 der vorliegenden Abmachungen zur vorübergehenden Aufhebung der deutsch-baltischen Verbände führen sollte. Bei einer Erhöhung der Zahl der lettischen Kompagnien der Landeswehr tritt eine entsprechende Erhöhung der Zahl der deutschen Kompagnien ein.

4. Die in Ausführung von § 1 notwendigen Listen über Namen und Abgänge von Freiwilligen werden der provisorischen Regierung mindestens einmal wöchentlich überreicht. Es wird auf Grund dieser Listen zwischen den Vertragsschließenden festgesetzt werden, welche deutschen Staatsangehörigen sich das Staatsbürgerrecht gemäß § 1 erworben haben.

gez. August Winnig, Deutscher Gesandter in Riga.
A. Ulmanis, Ministerpräsident. Dr. Paegel.
J. Sanits.

Es ist zu bemerken, daß dieser Vertrag vom gegenwärtigen Ministerpräsidenten Ulmanis unterzeichnet worden ist, der heute den moralischen Mut aufbringt, diesen Vertrag zu brechen.

Es ist empörend, mit welcher Unverfrorenheit die offensichtlich offiziöse Rundgebung die Tatsachen fälscht, um die Hecke gegen die lettische Regierung zugunsten der militaristischen Rebellens in Kurland fortzuführen. Aus dem oben wiedergegebenen Vertrag zwischen Winnig und Ulmanis geht mit keiner Silbe hervor, daß den Kurlandkämpfern das Recht auf Siedelung verliehen worden sei. Vielmehr heißt es in dem Vertrag nur, daß den fremdstaatlichen Heeresangehörigen, die mindestens vier Wochen in Kurland gekämpft haben, auf ihren Antrag das volle Staatsbürgerrecht des lettischen Staates zu gewährt werden sei. Die offiziöse Rundgebung fälscht hier, wenn Wortlaut in den einschließenden Sätzen darauf an, daß den deutschen Kurlandkämpfern „das lettische Bürgerrecht und damit das Recht auf Siedelung“ verliehen worden sei. Diese Einseitigkeit bedeutet eine ganz unverschämte Fälschung, die nur den Zweck verfolgt, die Deffenzlichkeit irreführen. Daß zwischen dem Bürgerrecht in Lettland und dem Recht auf Siedelung ein tiefgehender Unterschied besteht, ist von deutscher amtlicher Seite mehrfach angegeben worden. Wie der „Vorwärts“ noch am 29. August feststellen mußte, hat der Minister des Auswärtigen, Dr. Mann, in seiner Rede am 29. Juli in der Nationalversammlung erklärt, daß zwar mit der früheren lettischen Regierung ein Vertrag über die Einbürgerung abgeschlossen worden sei, daß man aber in der Frage der Landverteilung nie über Vordispositionen hinausgekommen sei. Wie der „Vorwärts“ gleichfalls feststellte, hat der Reichskommissar Winnig in einem weiteren Zeitungsartikel mitgeteilt, daß die lettische Regierung Siedelungsland nie versprochen hat. Das aber ist der springende Punkt. Die aufgebauten Soldaten der Eisernen Division erheben die Forderung nach Siedelungsland an ihrer Stelle. Die zahlreichsten Werbestellen, die die Soldaten

für Kurland angeworben haben, versprochen ihnen ohne eine Spur von Berechtigung Siedelungsland und mißbrauchen die Autorität der amtlichen Stellen, um den Anschein zu erwecken, daß die nach Kurland angeworbenen Soldaten einen Anspruch auf Siedelungsland hätten. Denselben Anschein sucht auch die offiziöse Rundgebung zu erwecken, die sich damit wieder einmal in schärfsten Gegensatz zu den offiziellen Kundgebungen der Regierung stellt.

Wir sehen davon ab, die Verwerflichkeit dieses Treibens vom innerpolitischen Standpunkt zu brandmarken, da die eigentlichen Hintergründe des baltischen Abenteuers schon dem Vordemsten klar geworden sind. Wir fragen nur: Welche Autorität kann eine Regierung dem Ausland gegenüber genießen, wenn sie es duldet, daß in schärfstem Gegensatz zu ihren eigenen Erklärungen von amtlichen Stellen eine Agitation geführt hat, die an die Praktiken der Kriegshetze vom Juli 1914 und an das vergiftende Treiben der Kriegspresseämter während des Krieges erinnert?

Koste für den Grauen Goly.

Koste würde seinem Namen Unrecht machen, wenn er in der Reihe derjenigen fehlte, die das konterrevolutionäre Treiben des Grauen Goly und die friedensfeindliche Hecke der kurlandischen „Kolonial“-Enthusiasten unterstützen. Einem Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegenüber äußerte sich Koste über die Lage im Baltikum folgendermaßen:

Die Lage in Lettland kann man nicht mit Befehlen lösen; die Truppe ist aufgeregt und nicht mit Unrecht, denn sie sieht sich betrogen um das, was ihr von der lettischen Regierung feierlich versprochen (11) war. Daß diese sich dabei auf den Wunsch der Entente stützt, mag richtig sein, aber an der Tatsache ändert das nichts. Monatslang haben die Leute schon ihre dienstfreien Stunden damit zugebracht, mit dem Spaten und dem Pfluge den jungfräulichen Boden zu bearbeiten (11); in Hunderttausenden hatten sie sich für die Kolonisation zusammengesetzt. Statt dessen droht ihnen jetzt nach der Rückkehr die Entlassung, die Einweisung in das große Heer der Gewerkslosen. Mehr als in der alten Armee ist die Truppe hier mit dem einzelnen Führer, auf dessen Namen sie geworden ist, verbunden; es fehlt darum auch nicht an Formationen, die bereit sind, den Abmarsch abzuwehren, auszuführen, aber ihn nur diesen zu geben, würde höchstwahrscheinlich zu schweren Abänderungen mit den anderen, besonders der Eisernen Division, führen, die auf ihrem Entschluß zu stehen, einschließlich des Führers beharren; ein Bruderzwist und Untervergessen wären zu allem anderen die Folge.

Darum verspricht sich der Minister von der persönlichen Einwirkung des Grafen von der Goltz abhän Erfolg; in herzlichen Worten kam sein absolutes Vertrauen zu der Loyalität des verdienten Generals zum Ausdruck.

Aus diesen Äußerungen Koste geht die interessante Tatsache hervor, daß ein Teil der in Kurland befindlichen Formationen bereit ist, dem Befehl zur Räumung Kurlands Folge zu leisten. Aber die Regierung erteilt diesen Befehl nicht, angeblich, weil sie dann schwere Reibungen mit der Eisernen Division befürchtet. Diese Begründung ist heller Blödsinn, denn die Eiserne Division, die ziffermäßig recht schwach ist, würde sich wohl sehr überlegen, den übrigen Formationen mit der Waffe in der Hand gegenüberzutreten. Der Abmarsch der übrigen Truppen würde sie zwingen, gleichfalls das Land zu räumen, weil sie, auf sich selbst angewiesen, den lettischen Truppen keinen nennenswerten Widerstand zu leisten vermöchten. Es bleibt also von der Erklärung Koste nur das eine übrig, daß die Regierung auch den marschbereiten Truppenteilen in Kurland den Abmarschbefehl nicht gibt, weil sie die unverschämten Forderungen der Eisernen Division selbst unterstellt und noch immer kampfhaft an dem verwerflichen Plan festhält, Kurland als Kolonialland zu behalten. Der lächerliche Hinweis Koste auf den „jungfräulichen Boden“ der Kurlands, der angeblich von den Soldaten der Eisernen Division urbar gemacht worden sei, spricht in dieser Hinsicht recht deutlich. Der Kolonial-Enthusiast und Kriegstreiber Koste arbeitet auch jetzt, nach dem Zusammenbruch der ganzen imperialistischen Herrschaft, in einer Linie mit den NSDÄ und den Militaristen, die als Entgelt für die Unterstützung der Entente bei ihrem Kampfe gegen Kurland auf einen Pfedel Kurlands als Entschädigung reflektieren.

Der Krieg und die russische Volkswirtschaft.

2. Die Transportkrise und die Landwirtschaft.

In dem Artikel über die finanzielle Krise Rußlands (in Nr. 426) haben wir, wie der Krieg zur völligen Zerrüttung des russischen Finanzwesens geführt hat. Die Entwertung der russischen Rubel, die Anheftung des Papiergeldumsatzes, das Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Budget — dies alles führte zum inneren Zusammenbruch der Finanzen, der nur solange verborgen bleiben konnte, als die Kriegswirtschaft durch den Krieg aufrechterhalten wurde.

Es liegt auf der Hand, daß ein derartiger Stand der Finanzen einen drückenden Einfluß auf die gesamte Wirtschaft ausüben mußte, ja noch mehr, daß man von ihm aus auf den Zustand dieser letzteren überhaupt schließen kann.

Doch ehe wir uns den eigentlichen Produktionsverhältnissen zuwenden, wollen wir kurz auf das Transportwesen Rußlands während des Krieges eingehen, da es von ausschlaggebender Bedeutung für das wirtschaftliche Leben ist.

Die geringe Entwicklung des russischen Eisenbahnnetzes und dessen mangelhafte Verteilung dürften wohl mehr oder weniger bekannt sein: es genügt hier nur auf die Tatsache hinzuweisen, daß Sibirien, Turkestan und das gesamte Wolgahinterland bis in den Sommer 1917 hinein nur durch eine einzige Brücke über die Wolga mit dem ganzen übrigen Rußland verbunden waren. Der Mangel an rollendem Material war ebenfalls sehr groß; es genügt bei weitem nicht den Friedensbedürfnissen, geschweige denn den gewaltigen Anforderungen, die der Krieg an die Eisenbahnen stellte. Die Belastung der Eisenbahnen war, trotz der bedeutenden Verringerung des russischen Territoriums und trotz des Ausfalls in der Ein- und Ausfuhr, durchschnittlich in den ersten zwei Kriegsjahren um etwa 25 Prozent gestiegen, was naturgemäß zu einer starken Abnutzung der Transportmittel führen mußte. Trotz der übermäßigen Anspannung alles verfügbaren Eisenbahnmaterials — ein erheblicher Teil vor beim Ausbruch der Kriege gegangen — mußte die Annahme von Gütern am Anfang des Krieges ganz, später zu drei Viertel eingestellt werden. Die Anhäufung der Waren an den Stationen nahm aber doch noch einen ungeheuren Umfang an; im Februar 1916 lagen 150 000 Wagonladungen Güter fest, davon 50 000 Wagonladungen Eisenerz; 10—15 000 Wagon waren bereits beladen und vergrößerten so noch die Verstopfung, unter der schon ohnehin alle Eisenbahnlinien litten. Dabei waren überhaupt noch Hunderte von Stationen für die Annahme von Gütern geschlossen. Daß der Personenverkehr in diesem chaotischen Zustand mit einbezogen wurde, versteht sich von selbst. Die Folgen für das wirtschaftliche Leben waren, daß die Eisenbahnen für die Fabriken die selbst vorhandenen Roh- und Hilfsstoffe nicht befördern konnten. Die Großstädte litten Mangel an Nahrungsmitteln, während die Provinz und das platte Land im Ueberflusse lebten und sehr viele mit Lebensmitteln beladene Wagon ohne Bewegung auf den Stationen standen, bis die Lebensmittel verfaulten. Die Störungen in der Warenzirkulation führten unter anderem zu Verschiebungen der Wagon und zu Preistreibern.

Das allgemeine Urteil über dieses traurige Kapitel der russischen Kriegswirtschaft war sowohl in den Hochzeiten als auch in der gesamten Poesie ohne Unterschied, daß das Transportwesen sich in völlig chaotischem Zustande befand, so daß die ganze Wirtschaft schwer darunter leide.

Die wiederholten Mobilisierungen entzogen der russischen Wirtschaft bis zum Jahre 1917 im ganzen 18 1/2 Millionen Mann oder ein Viertel der gesamten Arbeitskraft Rußlands. Dazu kommt der Ausfall von 2,1 Millionen Pferden hinzu. Das mußte die Produktion schwer treffen, waren es doch auch qualitativ gerade die besten Arbeitskräfte, die für die Wirtschaft weggien. Nun verlor man den Ausfall, vor allem in der Landwirtschaft, durch Frauen- und Kinderarbeit zu ersetzen; dazu kam die

Arbeitskräfte der Industrie aus den besetzten Gebieten, der Kriegsgefangenen, endlich auch der eingeführten Chinesen — alles in allem etwa 2 Millionen Arbeitskräfte sollten den Ausfall der etwa 14 Millionen eingezogenen Männer in vollster Mäße ihrer Kraft ersetzen! Das war natürlich quantitativ sowie qualitativ völlig unmöglich. Was ferner die Frauen- und Kinderarbeit anbetrifft, so ist vor allem hervorzuheben, daß sie auch bereits im Frieden, besonders in der Landwirtschaft, verwertet wurde, so z. B. wurden im zentralen Industriebezirk die landwirtschaftlichen Arbeiten gemeistert von Frauen und Jugendlichen verrichtet, die Männer dagegen arbeiteten vorzugsweise in der Fabrik. Im Kriege konnte es sich also höchstens nur um eine intensivere Ausnutzung der Frauen- und Kinderkräfte handeln. In der Industrie aber kam ein solcher Ersatz überhaupt nur bei ungelernter Arbeit in Betracht, — in allen anderen Fällen waren die gelerntten Arbeiter gar nicht zu ersetzen. Und so führte der Arbeitermangel sowohl zu einer starken Herabsetzung der Produktivität als auch zu einem allgemeinen Rückgang in der Produktion.

Die Requirierung der Pferde auf dem Lande erfolgte besonders in der ersten Zeit ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft, mitunter z. B. kurz vor der Ernte. Meistlich ging es mit der Requirierung des Viehs, das besonders in den dem Kriegsbauern nähergelegenen Gouvernements bis zu 40—50 Prozent den Bauernwirtschaften entzogen wurde. Es kam noch hinzu, daß viele Bauern bei ihrer Eingliederung ihr lebendes und totes Inventar zu Schandenpreisen eilfertig verkaufen mußten.

Bei der Verminderung der Anbaufläche, der Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen und des Düngers werden sich die Wirkungen all dieser Momente noch in der Folge zeigen.

Der Krieg führte ferner, wie oben erwähnt, zur Verengung der landwirtschaftlichen Anbaufläche. Die Zahlen schwanken für die einzelnen Gouvernements zwischen 0,1 bis zu 40 Prozent; auch unabhängig davon fielen die Ernteträger durchschnitlich um etwa 18 Prozent geringer als im Frieden aus. Für die Bauern der getreidereicheren Schwarzenerdebezirke wurde dieser Ausfall wenigstens durch die höheren Preise für die landwirtschaftlichen Produkte ausgeglichen, so daß sie im ganzen während der Kriegszeit gerade noch gut standen. Zum ersten Male seit langer Zeit — eine Ironie des Schicksals — konnten sich diese Bauern sogar (!) satt essen. Sie haben auch, wie dies die Einlagen in den Sparbüchern zeigen, ein beträchtliches Guthaben. Nicht man aber die Verminderung und Verschlechterung der Produktionsmittel, deren Folgen sich erst nachträglich zeigen, ferner die Entwertung der Wäpula in Betracht, so wird man wohl kaum bezweifeln dürfen, daß auch sie wirtschaftlich durch den Krieg eher verloren als gewonnen haben.

Ganz entschieden ist es aber der Fall bei der halb proletarisierten Bauernschaft der Industriegebiete, die ihren Lebensbedarf nur zum Teil von der Landwirtschaft bestreiten. Für ihre Lage war deshalb der Stand der Arbeitslöhne und der Lebensmittelpreise ausschlaggebend. Da diese, wie es sich weiter ergeben wird, in gar keinem Verhältnis zu einander standen, so war die Lage dieser Bauern schlecht.

Protest gegen das Verbot der „Freien Jugend“.

Eine Vergleichskonferenz der „Freien sozialistischen Jugend“ für Ost- und Westpreußen hat einen scharfen Protest gegen das durch Roske verhängte Verbot der Jugendzeitschrift „Freie Jugend“ erhoben. Diese Unterdrückung der freien Meinungsäußerung widerspricht vollständig den Grundsätzen der Demokratie. Es sei uns ein neuer Beweis dafür, daß das Ziel der Regierung nicht die Bewahrung der Demokratie, sondern die Wiederherstellung des Kapitalismus und die Entrechtung der Arbeiterklasse sei. Das Verbot der „Freien Jugend“ sei durch nichts zu rechtfertigen. Die Zeitschrift habe versucht, die Jugend

Die zehn Gebote des Unternehmers.

- Von Charles Lincoln Phifer.
1. Du sollst keinen anderen Herrn haben als mich.
 2. Du sollst keine Partei, noch Gewerkschaft organisieren, noch irgendeine Organisation gründen zu dem Zweck, die selbst zu helfen; noch sollst du agitieren und von besseren Zuständen träumen, denn ich, dein Herr, werde dir geben, was dir zukommt, und ich habe kein Geringeres Verstanden!
 3. Du sollst nicht mit Rücksichtung von deinem Herrn sprechen, denn ich werde alle anrufen und auf die schwarze Liste setzen, die solches tun.
 4. Gehente des Tages, den ich dazu bestimmt habe, zu arbeiten und schlafen, und ich werde dich lehren, wo und wann du dein Geld auszugeben hast; du sollst mir nicht widersprechen, weder du, noch dein Weib, noch dein Sohn, noch deine Tochter, noch irgendeiner, der weiß, wofür er gehört.
 5. Ehre deinen Herrn und kämpfe für ihn, wenn er es befehlt, denn wer immer sich meinem Willen widersetzt, ist ein Barbar und verdient den Tod.
 6. Du sollst nicht denken.
 7. Du sollst nicht lesen, außer was ich dir gestalte.
 8. Du sollst dich nicht beklagen.
 9. Du sollst nicht den Heilatoren Josophen, sondern jedes Recht, das ich dir vorschreibe, hinterzuden.
 10. Du sollst nicht begehren mein Einkommen, noch mein Wohlleben, noch meinen Palast, noch mein Automobil, noch meine Waße, noch irgend etwas, was mein ist, denn du verdienst keine Dinge nicht.

(Aus dem Englischen von Germania zur Mühlen.)

Henny Roske.

Der Reichswehrminister Roske und die Filmkünstlerin Porten haben je ein Buch in die Welt gehen lassen, beide unter dem Titel: „Wie ich wurde“. Damit und das nicht durcheinander kommt — Gustav Porten und Henny Roske —, läßt uns noch der Ehre einen Vergleich ziehen: Henny Porten — Gustav Roske, zwei Deutsche. a) Ähnlichkeiten. b) Die Keinen Ver-

zu Sozialisten zu ergreifen, und das mochte sie für Herrn Roske und seinegleichen gefährlich.

Die Zutreiber der russischen Gegenrevolution.

Nachdem die amtlichen Stellen sich bisher über den von uns am 29. August veröffentlichten geheimen Korpsbefehl des Grafen Goly, in dem die Agitation gegen den Uebertritt zu den russischen Weissen verboten wurde, in eisiges Schweigen hüllten, gibt das Wolffsche Telegraphenbureau nun die folgende Meldung aus Pita u unterm 4. September weiter:

Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Korpsbefehl des Grafen v. d. Goly vom 31. Juli, der sich mit der Agitation gegen den Uebertritt in russische Dienste befaßt. Dazu wird festgestellt, daß der Korpsbefehl nur zu dem Zweck herausgegeben wurde, um die Truppe zu beruhigen (?? Die Red.). Die Stimmung der Truppe war schon im Juli wegen der bereiteten Siedlung und wegen der wiederholten Verbote, die das Generalkommando im Sinne der Reichsregierung erlassen hatte, in den Reihen überzuleiten, derart heftig, daß Graf v. d. Goly gezwungen war, die Truppe mit einer späteren Klärung der Russenfrage zu verdrängen. Wenn es nicht bereits am 31. Juli zu Aufstößen gekommen ist, wie sie der 24. August gezeigt hat, so ist dies nur dem Bemühen des Grafen v. d. Goly zu verdanken, der es verstanden hat, die Truppe von der richtigen Seite zu nehmen. Auch war der Führer des U. A. R. gezwungen, gehässige Verdächtigungen gegen die Regierung, die in der Truppe immer lauter wurden, durch den Korpsbefehl im Keime zu ersticken.

Zu dieser Rundgebung bemerkt die „Berliner Volkszeitung“:

Man weiß wirklich nicht, was man mehr bewundern soll: die naive Dreifigkeit, mit der diese Meldung in die Welt gesetzt wird, oder die polizeiwidrige Dummheit, in der sie die Regierung verbreitet. Der General Graf v. d. Goly verbot in dem besagten Korpsbefehl die Agitation gegen den Uebertritt zu den Russen. War das für den einfachen Soldaten etwa keine „Märung“ der Russenfrage? Die deutsche Regierung und die weit überwiegende Mehrheit des Volkes sind schärfste Gegner eines Projektes, das deutsche Brüder an die gegenrevolutionären russischen Jarengenerale verhandelt. Der Korpsbefehl mußte darum die Autorität der deutschen Regierung aufs schärfste untergraben. Aber felsenfest wird von Pita u verkündet, daß durch diesen Korpsbefehl „gehässige Verdächtigungen gegen die Regierung“ im Keime erstickt worden wären. Wer man muß sich nicht wundern: Wenn die deutsche Regierung eine so lächerliche Meldung trotz der Öffentlichkeit übergibt, so muß sie nachgerade von den Wallensteinern in Pita u für dumm gehalten werden.

Wir haben diesen Aeußerungen des demokratischen Blattes nicht viel hinzuzufügen. Wir erinnern nur daran, daß wir im Anschluß an die Veröffentlichung des Korpsbefehls des Grafen Goly dessen Handlungsweise als an Landesverrat grenzend und als Verbrechen an den deutschen Soldaten bezeichnet haben. Wir verlangten, die Regierung möge endlich dafür sorgen, daß die unheilvolle Gestalt des Grafen Goly von der Bildfläche verschwinde. Statt diese Forderung zu erfüllen und den Grafen Goly zur Verantwortung zu ziehen, läßt die Regierung aber nichts unberührt, um seine Mächtigkeiten zu beschönigen und seine Wirksamkeit als notwendig erscheinen zu lassen. Damit stellt sich die Regierung auf dieselbe Linie, wie Graf v. d. Goly. Sie bestrebt offen vor aller Welt, daß sie mitschuldig ist an den Verbrechen des Grafen Goly, daß sie gemeinsam mit ihm als Zutreiberin der russischen und der deutschen Gegenrevolution fungiert.

Das Einfuhrverbot nach Gros-Britannien wurde am Dienstag aufgehoben. Nur für einige Waren, die auf einer besonderen Liste verzeichnet sind, bleibt ein Verbot bestehen.

Schlehenheiter. Schluß: Freuen wir uns, daß wir zwei solche Derie...

Roskes Rückenlein gieren zwei Bilder. Einmal: der Roske von heute. Er sieht ungefähr aus wie ein trauriger Schokoladenfabrikant, dem ein kleine Spekulation schief gegangen ist. Dann: der junge Roske. Es ist nach diesem Bild nicht anzunehmen, daß die hohen Herren, die ihn heute in der Hand halten, sorglich in der Hand halten, auch den Jungen von damals umschmeicheln hätten. Sie hätten ihn — wären sie mit ihm in Verührung gekommen — stamm stehen lassen.

Das Büchlein des Reichswehrministers ist, wie das Wortwort sagt, von bleibendem pädagogischen und volkserzieherischen Wert. Das hat uns noch gefehlt. „Werde einmal ein Roske!“ spricht der Pastor zu dem Kürtling in der Kirche, während sich die Potenzen ergreifen schmeugen.

Was unterzeichnet nun die bedeutende Filmkünstlerin und den unbedeutenden Reichswehrminister als Autobiographin? Henny erzählt ihre kleinen Goldstücke so hübsch dumm, wie es sich für ihr Publikum gehent, und man kann ihr nicht böse sein. Gustav dreht auf, läßt in schlechtem Kolportagestil die Szenen seines Lebens an uns vorbeiröhlen, hier und da rutschen einige Verträge gegen die Gewamkeit und die anständige Gesinnung durch, und wenn fertig ist, hat man ein rundes und hares Bild von dem vielumhüllten Mann.

Sie waren beide etwas, sie sind beide etwas geworden, und werden — wenn Gott will — auch etwas bleiben. Lasset uns leben.

Kaum war dies geschrieben, als beide demontierten. Sie hätten von dieser Publikation in dieser Form nichts gewußt, sie hätten niemand ausdrücklich dazu autorisiert, sie hätten alles ab, sie seien unbedeutend und unschuldig. So Henny und Gustav. Es hat sich aber der eigentümliche Fall ereignet, daß beide Male beide Biographien die Leben der beiden besser enthalten haben, als es selbst zu tun vermocht hätten, und es haben sich uns gezeigt:

Eine Filmkünstlerin mit der Seele eines Seifenplakats. Gott hab sie selig. Und ein Reichswehrminister, der in dem verdächtigen Eifer der hohen Offiziere, mit denen er umgeben darf, und die ihm ungeheuer imponieren, nicht merkt, wie da Stellen um der Stellungsuchenden willen geschaffen werden, wie der alle Unfug

Laßt sie nichts erfahren!

Wir haben in unserer heutigen Morgenausgabe die Resolution wiedergegeben, die der rechtssozialistische Parteivorstand in Breslau nach dem Vorschlage des Abgeordneten Loebe angenommen hat und die sich gegen die reaktionären Bestrebungen in der Reichswehr richtet. Wir haben auch die zweite Resolution wieder, die den Rücktritt Roskes verlangt, gegen die Anwendung von Schußhaft, Zensur und Belagerungszustand protestiert und sie unvereinbar mit einem freiheitlichen Staatswesen erklärt, zumal sie sich ausschließlich gegen links angewendet worden sind.

Der „Vorwärts“ berichtet heute morgen gleichfalls über diese Beschlüsse seiner Breslauer Parteigenossen. Er gibt die Resolution Loebe wieder, erzählt von der zweiten Resolution aber nur, daß sie den Rücktritt Roskes verlangt. Das Blatt unterschlägt also, daß die Breslauer Organisation der Rechtssozialisten aufs schärfste gegen das Roske-Billförrerement, gegen die Anwendung von Schußhaft, Zensur und Belagerungszustand protestiert hat. Seine Leser dürfen es nicht erfahren, daß weite Kreise in der eigenen Partei mit der Regierung, der Gewalt und der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse nicht einverstanden sind. Der „Vorwärts“ will wohl mit dieser Unterdrückung zum Ausdruck bringen, daß er selbst vollkommen mit Roske einverstanden ist.

Gegen das Verlangen auf Absetzung Roskes wendet das Blatt ein, daß Herr Roske an der militärischen Reaktion nicht schuld sei, man solle ihn nur mit einem größeren, dann republikanisch zuverlässiger Mitarbeiter umgeben, dann werde alles besser werden. Das erinnert daran, daß ebendem die Liberalen gewünscht hatten, man solle ihren Stützpunkt mit besseren Ratgebern umgeben, dann würde er schon richtig regieren. Hören wir aber, was Herr Loebe, der immerhin eine bedeutende Rolle bei den Rechtssozialisten spielt, dazu gesagt hat. Er erklärte nach der Breslauer „Volksmacht“, daß er seit mehreren Monaten die Aufmerksamkeit des Kabinetts wie der sozialdemokratischen Fraktion auf die reaktionären Herde gelenkt habe, die sich in und um die Reichswehr bilden. Man könne aber in der Regierung die Gefahr für nicht so groß zu halten, weil man müsse, daß die Entente die Wiedererrichtung einer deutschen Monarchie durch die alldemokratischen Kriegsheber auf keinen Fall dulden und daß auch die Arbeiterklasse solchen Vorschlägen gegenüber in einiger Abwehr stehen würde. Diese Rücksicherung sei aber völlig ungenügend, wir hätten selbst und schon jetzt dafür zu sorgen, daß die Kriegsbeher und Verantwortlichen der Vornobemberzeit nicht wieder auf Wieder kommen.

Es ist also eine verlegene Ausrede, wenn nicht eine bewußte Irreführung, wenn der „Vorwärts“ von einer isolierten Stellung Roskes spricht und es so darzustellen sucht, als wenn die Regierung von der zunehmenden Reaktion in der Reichswehr nichts wüßte. Die Regierung ist nach Aussage Loebes über alles unterrichtet, sie ist für alle Handlungen der Gegenrevolution in vollem Umfang mit verantwortlich.

Der Wagenmangel im Eisenbahnbetrieb.

Die Eisenbahndirektion Stettin sendet uns zu unserem Heft vom 17. August 1910. Der Wagenmangel im Eisenbahnbetrieb folgende Mitteilung:

Die auf dem Gleis Löwenberg-Dammwalde aufgestellten Wagen sind durchweg schadhaft. Unsere Werkstätten sind seit langer Zeit vollständig in Anspruch genommen und können die Wagen zur Zeit nicht mehr aufnehmen.

Als ob es keine Privatbetriebe gäbe, die mit geringem Vertriebsmaterial ausgestattet sind, um diese Schäden zu beheben. Aber der heilige St. Bureaukratismus bei der Eisenbahndirektion läßt es wahrscheinlich nicht zu, daß man diese Reparaturen an andere Betriebe gibt, denen es vielleicht an Arbeitsmöglichkeit fehlt.

genau so aussieht, wie er damals hoch zum Himmel blühte: mit Keimern und Pösten und Häfchen und Dienststellen und Bureau und Beförderungen um der Gehälter willen... und wie der ganze Apparat eine unangenehme Technik mit einer Hundehütte hat, darunter ein Reutenhalm, der die zerlumpte Bettler gähnelnd anläßt und das für eine Wurst klingen worden bekommt.

Ich mag keine Kettenhunde. Sie sind böseartig, wackeln mit dem Schwanz und haben einen schämigen Charakter.

Ah, entkündigen Sie, haben Sie nicht einen andern Reichswehrminister? Dieser ist uns drei Nummern zu groß.

Ignaz Wrobel
(In der letzten erschienenen Nr. 37 der „Weltbühne“.)

Der „Vorwärts“ hat der Bloß gegeben. Nämlich der, von dem gestern Genosse Stiemmen im Publikum sprach. So stumm der „Vorwärts“ vor einiger Zeit blieb, als wir seine jedes sozialistischen Gedankens bare Schimpfnotiz gegen die Schauspielerebewegung brandmarkten, so behende fängt er sich auf eine neue Einstellung und Abrennheit stropfende Roske, die der Stiemmen ihm in seiner antisozialistischen Korrespondenz zuleitet. Man muß schon ganz vom Geiste verlassen sein, um an einer durchgänglich orientierten Betrachtung, die sich gegen formale Erörterung richtet, seinen Widen Biß zu üben. Aber diese „Sozialisten“ verhöhnen mit Vorliebe, wo sie nicht verstehen. Wir sprachen gar nicht von einer „proletarischen“ und „Klassenbewußten“ Welt, aber schon ist der „Vorwärts“ bei der Hand, sie als „launig“ und „berauscht“ zu verdächtigen. Mag er sich mit seinen Apoplektischen, der Radikale, oder dem Sozialisten davor schützen.

In der Volksbühne wird Georg Kaiser's „Die drei Ästen. Die Bürger von Calais“ die erste Weltaufführung dieser Spielzeit sein.

Im Lessingtheater geht Montag, den 8. September, in Fönderung des Spielplanes Anton Wildgans' Tempel „Lise“ mit Lina Rossen und Theodor Loos zum erstenmal in dieser Spielzeit in Szene.

Im Deutschen Künstlertheater ist die Aufföhrung von Heinrich Heffers Komödie „Die letzten Ritter“ auf Sonnabend, den 13. d. M., festgesetzt worden. Die „Tribüne“, Charlottenburg, Berliner Straße 37, erwarb zur deutschen Aufföhrung Paul Claudels „Der Tauch“ in der Uebertragung von Jacob Doaners.

Die agrarischen Forderungen.

Der Oberbürgermeister **Wermuth** hat in der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung mit trefflichen Worten auf den Ernst des Standes der Brotversorgung hingewiesen und deshalb mit Nachdruck vor jedem weiteren Abbau der Zwangswirtschaft gewarnt. Seine Worte empfehlen wir ebenso dem Reichswirtschaftsminister Schmidt zur dringlichen Beachtung wie dem „Vorwärts“, der sich noch heute morgen nicht gegen jeden Abbau der Zwangswirtschaft wendet, sondern nur verlangt, daß er „maßmäßig“ erfolgt.

Aber gerade dieser schrittweise Abbau der Zwangswirtschaft hat die katastrophalen Zustände geschaffen, in denen wir uns jetzt befinden. Bereits während des Krieges war es das beliebte Mittel der Agrarier, Preiserhöhungen für ihre Erzeugnisse dadurch durchzusetzen, daß sie sie zuerst nur für einen Artikel verlangten. War diese bewilligt, so verlangte dann die Zurückhaltung anderer Erzeugnisse, solange bis auch für diese die Preiserhöhung bewilligt war. Nach diesem Muster sind die Landwirte auch jetzt in ihrem Kampf für den Abbau der Zwangswirtschaft vorgegangen. Sie haben die Freigabe der Daserbewirtschaftung durchgeführt, trotzdem die verhängnisvollen Wirkungen dieser Maßnahme keinem Einsichtigen unbekannt waren, und verlangen jetzt den freien Handel für alle Getreidearten.

Die Erfüllung dieser Forderungen würde den völligen Zusammenbruch der Existenzmöglichkeit für die Masse der Arbeiterbediensteten bedeuten. Denn bei den jetzigen Einkommensverhältnissen der Arbeiter, bei der großen und wachsenden Zahl der Arbeitslosen ist es einfach undenkbar, daß sie die Kosten eines vier- oder fünfmal gestiegenen Brotpreises zu tragen können. Das gilt natürlich nicht nur für die Arbeiter, sondern in genau demselben Maße für Angestellte, Beamte, Kleinrentner usw. Daß aber der jetzt vom Reichswirtschaftsamt gewählte Ausweg der Gewährung der Frühdruckprämien nicht zu dem gewünschten Ziele der Sicherung der Brotversorgung der Bevölkerung führt, ist schon jetzt deutlich. Die Spannung, die auch jetzt noch zwischen den Preisen für Brotgetreide und denen für Hafer besteht, veranlaßt die Landwirte durchaus nicht zur Ablieferung von Brotgetreide. Aber selbst wenn sie gegenwärtig Brotgetreide in genügenden Mengen abliefern würden, so würden sie doch nicht mehr ein Gramm abliefern können, mit dem 15. Oktober die Frühdruckprämien in Fortfall kommen. Die Landwirte wollen dauernde Preiserhöhungen für das Getreide auf den Stand der Konkurrenzpreise, und da die Regierung ihnen gegenüber ohne die Gewährung der Frühdruckprämien das Nachbewußtsein der Agrarier gewaltig gestärkt hat, so treiben wir anheimelnd unentzerrbar entweder dem Zusammenbruch der Brotversorgung oder der von den Agrariern verlangten gewaltigen Preissteigerung entgegen.

Daß unsere Beschränkungen nicht zu schwarz gesehen sind, geht aus einem Artikel in der „Täglichen Rundschau“ hervor, in dem schon jetzt verlangt wird, daß die Frühdruckprämien verdoppelt werden und nicht nur bis zum 15. Oktober, sondern bis zum Februar gewährt werden sollen. Diese vorläufigen Forderungen der Agrarier scheinen fast die Verdoppelung des Preises für Getreide. Beträgt die bisherige Belastung des Staatsbudgets durch die Verzinsung der Frühdruckprämie bis zum 15. Oktober bereits 200 Millionen Mark, so würde die Erfüllung der Forderung der „Täglichen Rundschau“ eine weitere Belastung von etwa 600 Millionen Mark bedeuten.

Aber nicht allein diese Preissteigerung ist das Ziel dieses Streites, sondern es fordert eine Herabsetzung der Protration auf 200 Gramm bei einer besseren Ausnutzung des Getreides. So notwendig die bessere Ausnutzung des Getreides ist, so darf sie aber unter keinen Umständen mit der Herabsetzung der Protration verknüpft werden, denn ausreichende und gute Ernährung ist die Voraussetzung für die Leistung der Arbeiter und ohne diese ist in diesem Zusammenhang auch den Arbeitern eine für die Tätigkeit in der Landwirtschaft fordernde Arbeitszwang natürlich nur für die Arbeiter und ohne Herabsetzung des Lohnes für die Landwirte — vervollständigt das Bild der agrarischen Forderungen. Höhere und billige Arbeitskräfte, das ist ihr Ziel, dessen Erreichung ihnen erleichtert worden ist durch das große Entkommen, das die Regierung den Agrariern bisher gewährt hat. Sie kann deshalb jetzt nicht mehr die Kraft der neuen Forderungen der Agrarier zu widerstehen. Die Arbeiterklasse muß sich deshalb darüber klar sein, daß es vor einer neuen großen Verschlechterung ihrer Lebenshaltung steht, und daß es der Anspannung aller ihrer Kräfte bedarf, um diesen Anschlag auf ihre Lebenshaltung abzuwehren.

Etwas mehr Zurückhaltung.

Der „Vorwärts“ leitet sich in seiner heutigen Morgenblätter einen moralischen Enghals gegen und unter der Ueberzeugung, daß bleibt die unabhängige-kommunistische Bewegung im Münchener Falle. Darum haben wir zu erwidern: Wir bringen täglich einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen. Bis jetzt ist erst die Berechnung der Angeklagten beendet, und zwar in einer so parteiisachen und den Angeklagten ungünstigen Weise, daß die gesamte Verteidigung dagegen Einspruch erhoben hat. Wir werden weiter über den Verlauf berichten und ihn abschließend einer eingehenden Bewertung unterziehen. Wir werden dabei aber auch nicht unterlassen, auf die außerordentlich wichtigen Vorgänge vor der Verhandlung der Geiseln hinzuweisen. Welche eigene Stellung über die Geiselerklärung hat die Festnahme von Geiseln überhaupt haben werden, darüber haben wir schon früher hier zum Ausdruck gebracht. So in Nr. 212 des „Vorwärts“ vom 5. Mai d. J. Wir sagten damals, als die Geiseln in eine verwerfliche Grausamkeit gezwungen eine unnütze Torheit, sie ändert an dem Verlauf der Verhandlung gar nichts, sie vernebelt nur die Erbitterung, und den Vorwand zu den unmenslichen Grausamkeiten und der Verhöhnung des Siegers. Mag auch bei der Festnahme selbst die Absicht an die weltliche Tötung der Geiseln gar nicht vorhanden sein, so zeigt die Erfahrung, daß, wenn der Kampf nicht endet, wenn die Tat die Rändernden blind gemacht hat,

es dann keine Garantie mehr gibt, das Leben der Gefangenen zu schützen und das Entschliche, die Ermordung Unschuldiger, eine Wirklichkeit wird.

Wesentlich bestimmt sich der „Vorwärts“ wieder etwas mehr auf allgemein-menschliche und sozialistische Grundzüge. Dann wird er den objektiven Tatsachen gerecht gegenüberstehen, als es ihm momentan gelingt.

Die Abfindung für Wilhelm.

Herr **Südekum**, der preussische Finanzminister, hat einem Redakteur der „P. P. R.“ einiges über die beabsichtigte Abfindung für das Haus Hohenzollern mitgeteilt. Man erfährt aus diesen Mitteilungen, daß der frühere Finanzminister **Simon** im November 1918 Beschlagsnahme-Verordnungen veranlaßt hat, die noch heute in Kraft sind. Der Besitz der vormalsigen Königlich-kaiserlichen Häuser, so erzählt Südekum weiter, lasse sich in drei Gruppen einteilen: Privatvermögen, Vermögen des Staates und schließlich die Krone. Um über den Rechtscharakter der dritten Gruppe Klarheit zu schaffen, sei eine Kommission eingesetzt worden. Diese Kommission hat nun einen Vorschlag eingebracht. Diese Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone ausgeführt und es sei möglich, so meint Südekum, daß darin von einem Betrage von 170 Millionen als Abfindung der Thronerben gesprochen worden sei. Eine Vorlage an das Staatsministerium sei darüber nicht gemacht worden. Im übrigen erzählt man, daß Wilhelm das hübsche Sümmchen von 850.000 Mark bei sich gehabt hat, als er nach Holland floh.

Es sieht also nach diesen Darlegungen fest, daß die Abfindung, dem ehemaligen König eine ungeheure Summe als Entschädigung auszuzahlen. Wenn wir diese Tatsache nicht der Öffentlichkeit unterbreitet hätten, dann wäre ohne Zweifel der Versuch unternommen worden, unter Nichtbeachtung der Wünsche des Volkes Wilhelm mit der Riesenabfindung zu beschenken.

Das Schicksal des Genossen Morgari.

Wie der Corriere della Sera aus Budapest mittelt, ist es dem zum Stadium der dortigen Verhältnisse weisenden Genossen **Morgari**, Abgeordneten der italienischen Kammer, anlässlich der Umstufung recht übel ergangen. Die italienische Militärmission erhielt eines Tages ein Schreiben von Morgari, der als gefährlicher Bolschewik verhaftet worden war, und eindringlich bat, daß sich die Militärmission um sein Schicksal interessiere. Man erreichte seine unverzügliche Freilassung, allein noch am gleichen Abend wurde er aufs neue von anderen Polizeimännern verhaftet. Ein neuer Appell an die Militärmission und wieder wurde die Freilassung erwirkt. Allein das Unheil wollte nicht weichen, denn am andern Morgen wurde der italienische Abgeordnete zum dritten Mal verhaftet, wobei man ihm zum Überflusse die 6000 Kronen abnahm, die er bei sich trug. Die italienische Mission konnte noch einmal seine Freilassung erreichen und ließ ihn der Sicherheit wegen durch einen Karabinieri nach seiner Wohnung geleiten. Doch kaum verließ ihn der italienische Soldat als aufs neue Weiße Gardisten kamen und Morgari mitnahmen.

Um der Geschichte endlich ein Ende zu bereiten, beschloß die Mission, Morgari im Hotel Nib, wo sie augenblicklich ihr Domizil hat, zu behalten. Sie will nun versuchen, ihn mittelst eines Militärautos nach Italien zu transportieren.

Verführter Jubel.

In unserer Notiz über die Rekonstitutionierung des Volksrats, die durch den Austritt von drei Mitgliedern der R. P. D. nötig wurde, meint der „Vorwärts“ in seiner heutigen Morgen-Ausgabe, daß es bereits zu einer Spaltung auch im unabhängigen-kommunistischen Volksratsrat gekommen sei. Diese Freude ist verfrüht. Die Genossen **Szner**, **Niedel** und **Heinen** sind ebenfalls Mitglieder der R. P. D.

Erziehung ungarischer Volksbeauftragter.

T. U. Cebenurag, 5. September. Die kommunistischen Volksbeauftragten **Kellerer** und **Knapp** wurden bei einem Plakatverstoß erschossen. Kellerer erhielt einen tödlichen Kopfschuß, Knapp einen tödlichen Bauchschuß. Die beiden Kommunisten sollen sowohl vor ihrer Flucht als auch während der Haft in grausamster Weise mißhandelt worden sein.

Die Radikalisierung der Arbeiterbewegung in Amerika.

H. N. Dang, 5. September. Aus Washington wird gemeldet: Laut Nachrichten aus allen Teilen Amerikas sind die Arbeiter nicht geneigt, die Bitte der Fabrikanten, einen Burgfrieden zu schließen, zu erfüllen, um Wilson Gelegenheit zu geben, seine Pläne zur Herabsetzung der Preise durchzuführen. Fast überall haben die radikalen Elemente in den Arbeiterorganisationen die Führung.

Wilson über den Friedensvertrag.

H. N. Dang, 5. September. Holländisch **Rieuw** meldet aus Washington: Präsident **Wilson** hat am Donnerstag in Columbia im State Ohio seine erste Rede über den Bülkerbund gehalten. Er erklärte, daß er beabsichtige, das Land zu besuchen und überall über die Pariser Verhandlungen und den Standpunkt, den er dort für Amerika vertreten habe, Bericht zu erstatten. Circa 4000 Menschen wohnten seinem Vortrag bei. Der Präsident führte in seiner Rede, die wiederholt von Beifall unterbrochen war, aus: Das Abkommen mit Deutschland beabsichtige zwar Deutschland zu strafen, aber niemals habe die Absicht bestanden, ein großes Volk einseitig zu unterdrücken oder zu zermalmern. Man habe sich auch in seinen Forderungen nach Schadenersatz Beschränkungen auferlegt. Diese Entschädigungen seien nicht größer, als Deutschland zu zahlen imstande wäre. **Wilson** erklärte, er wüßte sich über verschiedene Behauptungen bezüglich des Abkommens, die einen vollständigen Mangel an Verständnis für die Bedeutung des Vertrages bewiesen. Der Bülkerbund wurde als Erfüllung des Versprechens, das die Vereinigten Staaten abgaben, gebildet, weil sie sich in den Kampf stürzten, um den Krieg ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Wenn man den Bülkerbund nun nicht gründen wollte, so wäre dies einfach ein Wortbruch den Feinden gegenüber, das dem Schicksal der Nation schaden würde. **Wilson** meinte noch, daß das Bülkerbundabkommen die Ketten der Unterdrückung zerbrechen und den kleineren Nationen das Recht gebe, ein eigenes Leben zu leben.

Das wäre der amerikanische Standpunkt, den er in Paris vertreten habe. Italien z. B. habe der Konferenz einen Gegenentwurf gemacht, in dem es Ansprüche auf Fiume erhob. Obwohl es dort nur wenige verstreute italienische Gebiete gebe, wolle es Fiume aus strategischen und militärischen Erwägungen heraus doch haben. Falls aber der Bülkerbund zustande komme, dann brauche es diesen Stillpunkt nicht.

Gewerkschaftliches.

Tarifverhandlungen der Gold- und Silberarbeiter und Arbeiterinnen. Eine überfällige Versammlung im Gewerkschaftsausschusse nahm Stellung zum Tarif. Beiruhrt gab den Bericht, die Arbeitszeit wurde auf 40 1/2 Stunden ohne Pausen festgesetzt. Der Urlaub soll 3-12 Tage betragen, die militärische Dienstzeit eingerechnet. In Wien wurden vereinbart: Goldarbeiter: Goldschmiede 3,80 M. pro Std., Zumeiler 3,80 M. pro Std., Reparatur 2,75 M. pro Std., Drücker, Gravierer, Plisierer 3,80 M. pro Std., Polierarbeiten 65 Proz. von 3,80 M., Kettenmacherinnen 75 Proz. von 3,80 M., Geiseln im 1. Jahr nach der Ehezeit 2 M. pro Std.; Silberarbeiter: Hammerarbeiter 3,80 M. pro Std., Monteurarbeiter 2,75 M. pro Std., Bestarbeiter 2,75 M. pro Std., Polierarbeiten 1,75 M. pro Std., Drücker, Gravierer, Plisierer 3,80 M. pro Std., Hilfsarbeiter 2,65 M. pro Std., Arbeiterinnen 1,75 M. pro Std. Jeder erhält noch 25 Pf. Zuschlag pro Std. Für Akkordarbeiter 16 Proz. Zuschlag. Wo bessere Bedingungen bestehen, dürfen keine Verschlechterungen eintreten. Die Kommission empfiehlt Annahme; auch die Vertrauensmänner stimmten bereits zu. In der Debatte wurden die zu niedrigen Löhne scharf demangelt und verlangt, daß die jugendlichen Gesellen höher entlohnt werden. Kollegin **Glade** schilderte die schwierigen Verhandlungen, da auch in dieser Angelegenheit Arbeitsmangel vorliegt. Nachdem der Referent im Schlußwort nochmals Annahme bekräftigt, wurde der Tarif gegen wenige Stimmen angenommen. Ein Antrag, für die jugendlichen Gesellen 2,25-2,75 M. zu verlangen, wurde angenommen. Der Tarif tritt am 1. September in Kraft, läuft ohne Kündigung bis 31. Dezember 1919, dann tritt 14tägige ein.

Die **Wasserschuhmacher** befaßten sich in einer gut besuchten Versammlung mit der traurigen Lage im Beruf. Kolleg **Böhler** schilderte in großen Zügen die Lage, welche durch Zwangswirtschaft, durch Heimarbeiter und vor allem durch die Nachlässigkeit der eigenen Kollegen verschuldet, welche leider noch nicht den Weg zum Bestand gefunden haben. Bei Akkordarbeit werden noch 20 Pf. bis 6 M. ja bis 4,50 M. herunter für ein Paar Schuhe bezahlt. — Da wir Hochkonjunktur haben, der Nachschuß fehlt, so muß es durch festes Zusammenhalten möglich sein, bessere Lohnbedingungen zu erkämpfen. In der Debatte wird auf die große Konkurrenz durch die Maschine verwiesen und vollständiges Verbot der Heimarbeit verlangt. Eine Tarifkommission wurde gewählt, welche ersucht wird, energische Schritte zu unternehmen.

Groß-Berlin.

Umgestaltung der städtischen Verwaltung.

Der gestrigen Stadtverordnetenversammlung lag zur Beschlussfassung vor die Neuwahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder, sowie die zu den Deputationen und Kommissionen. Von bürgerlicher Seite war der Vorschlag gekommen, von einer Neuwahl abzusehen in Rücksicht auf das kommende Groß-Berlin, daß doch am 1. April 1920 eine andere Zusammenfassung des zukünftigen Magistrats notwendig mache. Dagegen erklärte sich die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die heute schon eine andere Zusammenfassung fordert, auch wenn es sich nur um 6 Monate handeln sollte. Unser Redner, Genosse **Dr. Rosenfeld**, verwies darauf, daß auf die einzelnen Kommissionen, mit einbezogen werden müßten, da in vielen dieser Kommissionen bisher das proletarische Element vollkommen ausgeschlossen war und auch heute noch darauf gesehen wird, die alten Mitglieder immer wieder zu wählen. Gegen diese Anregung wendeten sich bürgerliche Redner. Genosse **Rosenfeld** nagelte bei dieser Gelegenheit den rückständigen Beschluss der Schuldeputation in Sachen des Religionsunterrichts fest, und zeigte in diesem Beschlusse, wie sehr durch die mit den alten Bürgerdeputierten durchgeführte Deputation der Wille der Bevölkerung und auch deren Vertretung, der Stadtverordnetenversammlung, gefährdet wird. Das gab Herr **Cassel** und Herr **Pfarrer Koch** Veranlassung, den Beschluss zu verteidigen. Ihm entgegeneten die Genossen **Goje** und **Adolf Hoffmann**. Die sozialistische Mehrheit will an die Bevölkerung appellieren und die Notwendigkeit der weltlichen Schule darzutun.

In einer Kommission werden die Vorbereitungen zu den Neuwahlen für den Magistrat und für die Deputationen getroffen werden. Es ist höchste Zeit, daß der anders gerichteten Zusammenfassung der Stadtverordneten auch der Magistrat folgt. Wandler bürokratische, verkümmerte Herr wird von seinem Sessel weichen müssen.

Eine Dauerfugung.

Von 5 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends dauerte die gestrige Stadtverordnetenversammlung. Das Hauptinteresse war den Verhandlungen über das sächsische Reichswahlrecht. Auf der Tribüne hatten zwei Parteien Platz genommen. Besondere Part waren die Bädermeister angezogen, die sich in lärmenden Zwischenrufen die größten Unverschämlichkeiten leisteten, so daß die Verhandlungen kaum möglich waren. In der Debatte war es der Vertreter der Deutschnationalen, der das Handwerk und den freien Handel vertrat, dem von anderer Seite außer der Genossin **Wiel** unsere Genossin **Ulrich** gehörig einholte, während von rechtssozialistischer Seite **Koblenzer** und **Hefhold** den Widerwehsten den Text lasen. Herr **Wenzel** kam arg ins Gedränge, nachdem noch Oberbürgermeister **Wermuth** die Wirkungen der ungebundenen Wirtschaft an der Hand der Tatsachen zeigte. Genossin **Wüller** wies schließlich die Angriffe **Wenzels** gegen die Konsumgenossenschaft zurück. Bemerkenswert war die Mitteilung des Stadtrates **Simon**, daß mit den Arbeiterräten beim Magistrat der Stadt Berlin folgende Vereinbarungen getroffen sind:

1. Die Angelegenheiten der Lagerung werden auf jedem einzelnen Lager durch den örtlichen Lageraufseher im Zusammenwirken mit dem örtlichen Arbeiterausschuß wahrgenommen.
2. Die Geschäftsführung für den Gesamtbetrieb geschieht durch zwei Funktionäre, und zwar wie folgt:
a) in der Hand des einen Funktionärs ruht die Rechtsdisposition der Ware mit der Reichsgetreidebehörde und den Wägen, insbesondere der Ware der Reichsgetreidebehörde Groß-Berlin zu beweisenden Rechts und Disposition an die Reichsgetreidebehörde für

